

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis.	XXIII

Einleitung	1
----------------------	---

§ 1 Der rechtliche Rahmen des Online-Glücksspiels in Deutschland	5
A. Teilweise Öffnung des Vertriebswegs Internet mit dem GlüStV 2012	5
B. Anwendbarkeit des GlüStV 2012 auf ausländische Glücksspielangebote	13
C. Online-Glücksspiele	15
D. Zwischenfazit zu § 1	44

§ 2 Das Verbot der Mitwirkung an Zahlungen im Zusammenhang mit unerlaubtem Glücksspiel	45
A. Gesetzgeberisches Vorbild	46
B. Die ordnungsrechtliche Verbotsnorm des § 4 Abs. 1 S. 2 Alt. 2 GlüStV 2012	47
C. Behördliche Durchsetzung des Mitwirkungsverbots	71
D. Die Umsetzung des Mitwirkungsverbots durch die Normadressaten	75
E. Vereinbarkeit mit datenschutzrechtlichen Bestimmungen	100
F. Zwischenfazit zu § 2	115

§ 3 Die strafrechtliche Behandlung von Online-Glücksspielen und damit assoziierten Handlungen	117
A. Das Veranstellen eines öffentlichen Glücksspiels ohne behördliche Erlaubnis, § 284 StGB	118
B. Strafbarkeit des Spielers gem. § 285 StGB	136
C. Teilnahmestrafbarkeit verantwortlicher Personen bei Zahlungsdienstleistern	141
D. Strafrechtliche Folgenbetrachtung	150
E. Zwischenfazit zu § 3	155
§ 4 Zivilrechtliche Implikationen der Verbindung von Spielern und Online-Glücksspielveranstaltern	157
A. Der Spielvertrag	157
B. Anwendbares Sachrecht für Spielverträge mit Veranstaltern unter Lizenz eines anderen EU-Mitgliedstaates	162
C. Rückabwicklung des Spielvertrags im Falle der Nichtigkeit	184
D. Weitere in Betracht kommende Ansprüche des Spielers gegen den Glücksspielveranstalter	208
E. Zwischenfazit zu § 4	209
§ 5 Zahlungen im Kontext unerlaubter Online-Glücksspiele aus zivilrechtlicher Perspektive	211
A. Die Grundstruktur des Zahlungsdienstrechts	213
B. Ansprüche des Zahlungsdienstleisters gegen den Zahlungsdienstnutzer	222
C. Die Rechtsposition des Zahlungsdienstnutzers	272
D. Zwischenfazit zu § 5 und Stellungnahme zur bisherigen Rechtsprechung	292
Schlussbetrachtung und Ausblick	295
Zusammenfassung der Arbeit in Thesen	297
Literaturverzeichnis	301
Register	319

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Einleitung	1
§ 1 Der rechtliche Rahmen des Online-Glücksspiels in Deutschland	5
A. Teilweise Öffnung des Vertriebswegs Internet mit dem GlüStV 2012	5
I. Das Konzessionierungsverfahren für die Veranstaltung von Online-Sportwetten	6
II. Die Parallelentscheidungen des BVerwG vom 26. Oktober 2017	7
III. Das Glücksspielgesetz Schleswig-Holsteins als Antagonist des GlüStV 2012	10
1. Genehmigungen auf der Grundlage des GlüG SH und ihre Fortgeltung	10
2. Reichweite der Genehmigungen nach dem GlüG SH	11
3. Parallele Geltung von Genehmigungen nach GlüG SH und Internetverbot des GlüStV 2012	12
IV. Zwischenergebnis	13
B. Anwendbarkeit des GlüStV 2012 auf ausländische Glücksspielangebote	13
I. Ermittlung des Anwendungsbereichs des GlüStV 2012	14
II. Zwischenergebnis	15
C. Online-Glücksspiele	15
I. Der Glücksspielbegriff	16
1. Zufallsabhängigkeit	16
2. Entgelt und Gewinnchance	17

a) Heterogener Glücksspielbegriff	17
b) Qualität des in Aussicht gestellten Gewinns	18
3. Öffentliche Glücksspiele	19
II. Veranstalten von Glücksspielen im Internet	19
1. Veranstalter	19
2. Im Internet	20
III. Unerlaubtes Online-Glücksspiel	20
1. Legaldefinition des § 4 Abs. 1 S. 2 GlüStV 2012	21
2. Anerkennung von Genehmigungen ausländischer Behörden	22
a) Genehmigungen von Behörden anderer EU-Mitgliedstaaten	23
b) Genehmigungen von Behörden von Nichtmitgliedstaaten der EU	25
c) Zwischenergebnis	25
IV. Glücksspielarten im Internet	25
1. Lotterien	26
2. Zweitlotterien oder „schwarze Lotteriewetten“	26
a) Funktionsweise	26
b) Einordnung der Zweitlotterien in den Kanon der Glücksspielarten	27
aa) Lotterie oder Wette?	28
bb) Bestimmter Plan	28
cc) Stellungnahme	30
c) Konsequenz der Einordnung	31
3. Das Abbild des großen Spiels	31
4. Das Abbild des kleinen Spiels	33
5. Onlinepoker	33
a) Cashpoker	34
b) Turnierpoker	34
c) Konsequenz der Einordnung	35
6. Online-Sportwetten	36
a) Rechtslage bis zum 31. Dezember 2019	36
b) Rechtslage seit dem 1. Januar 2020	39
7. Online-Pferdewetten	40
8. Lootboxen	41
D. Zwischenfazit zu § 1	44
 § 2 Das Verbot der Mitwirkung an Zahlungen im Zusammenhang mit unerlaubtem Glücksspiel	 45
A. Gesetzgeberisches Vorbild	46
B. Die ordnungsrechtliche Verbotsnorm des § 4 Abs. 1 S. 2 Alt. 2 GlüStV 2012	47

I.	Ablauf des Einzahlungsprozesses zur Teilnahme an Internetglücksspielen	48
1.	Üblicher Ablauf der Einzahlung auf ein Spielerkonto	48
2.	Verschmelzen von Einzahlung und Entgeltplatzierung	49
3.	Innovationen im Einzahlungsprozess	50
4.	Zusammenfassung möglicher Zahlungsoptionen	51
II.	Der Anwendungsbereich von § 4 Abs. 1 S. 2 Alt. 2 GlüStV 2012	51
1.	Der personale Anwendungsbereich des Mitwirkungsverbots	52
a)	Der Glücksspielteilnehmer als Adressat des Mitwirkungsverbots	53
aa)	Wortlaut	53
bb)	Systematik	54
cc)	Normgenese	55
dd)	Telos des Mitwirkungsverbots	55
ee)	Umgehungsmöglichkeiten durch anderweitige Einzahlung	56
ff)	Mögliche Wertungswidersprüche	58
b)	Zwischenergebnis	59
2.	Der objektive Verstoß gegen das Mitwirkungsverbot	59
a)	Der Zusammenhang eines Zahlungsvorgangs mit unerlaubtem Glücksspiel	60
aa)	Notwendiger Zusammenhang des Zahlungsvorgangs zu unerlaubtem Glücksspiel	61
bb)	Notwendiger Zusammenhang erst bei Teilnahme an jeweiligem Glücksspiel gegeben?	64
cc)	Parallelität von Online-Sportwetten und sonstigen illegalen Online-Glücksspielen	65
b)	Verstoß erst bei Vorliegen der Voraussetzungen von § 9 Abs. 1 S. 3 Nr. 4 GlüStV 2012?	66
3.	Zusammenfassung	70
C.	Behördliche Durchsetzung des Mitwirkungsverbots	71
I.	Länderübergreifende Durchsetzung	72
II.	Voraussetzungen zur Anwendung im Einzelfall	73
III.	Zu widerhandlungen	74
D.	Die Umsetzung des Mitwirkungsverbots durch die Normadressaten	75
I.	Öffentlich-rechtliche Verpflichtungen durch das Mitwirkungsverbot	75
II.	Abstrakte Überprüfungsmöglichkeit der Legalität eines Online-Glücksspielangebots	76

1. White-List	77
2. Altgenehmigungen aus Schleswig-Holstein	79
3. Zusammenfassung	79
III. Konkrete Umsetzbarkeit des Mitwirkungsverbots	
für Zahlungsdienstleister	79
1. Direkt mit den Glücksspielveranstaltern kontrahierende	
Zahlungsdienstleister	80
a) E-Wallet-Anbieter	80
aa) Verweigerung des Vertragsabschlusses	81
bb) Monitoring von Zahlungen	82
cc) Vorkahrungen in Akzeptanzverträgen	85
dd) Zwischenfazit	85
b) Prepaid-Zahlungen	85
c) Zahlungsauslösedienste	88
d) Zwischenfazit	90
2. Umsetzbarkeit des Mitwirkungsverbots bei globalen	
Zahlungssystemen	90
a) Kreditkartenzahlungen	91
aa) Beteiligte des offenen Systems	91
bb) Ablauf einer Zahlung im offenen System	93
cc) Möglichkeiten zur Verhinderung von verbotenen	
Zahlungsvorgängen	95
dd) Zwischenfazit	96
b) Vorauskasse per SEPA-Überweisung	97
c) SEPA-Lastschriftverfahren	98
3. Die Bedeutung von Payment-Service-Providern	98
4. Zwischenergebnis	99
E. Vereinbarkeit mit datenschutzrechtlichen Bestimmungen	100
I. Einschlägiges Datenschutzrecht	101
II. Personenbezogene Daten	101
III. Rechtmäßigkeit der Verarbeitung von personen-	
bezogenen Daten	102
a) Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten	103
aa) Freiwilligkeit der Einwilligung.	103
bb) Verarbeitung auch im Interesse des Betroffenen	104
cc) Bestimmtheit der Einwilligung	105
b) Daten, die zur Vertragserfüllung erforderlich sind	106
c) Daten, deren Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen	
Verpflichtung erforderlich ist	107
d) Daten, deren Verarbeitung zur Wahrnehmung einer Aufgabe	
erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt	108

e) Die erforderliche Verarbeitung der Daten zur Wahrung berechtigter Interessen	109
aa) Berechtigte Interessen der Zahlungsdienstleister	110
bb) Betroffene Interessen, Grundrechte und Grundfreiheiten des Zahlenden	111
f) Zweckändernde Verarbeitung der Daten	112
IV. Auftragsdatenverarbeitung bei Inanspruchnahme anderer Dienstleister	114
F. Zwischenfazit zu § 2	115
 § 3 Die strafrechtliche Behandlung von Online-Glücksspielen und damit assoziierten Handlungen	117
A. Das Veranstellen eines öffentlichen Glücksspiels ohne behördliche Erlaubnis, § 284 StGB	118
I. Anwendbarkeit des deutschen Strafrechts	118
II. Anforderungen an die behördliche Erlaubnis i. S. d. § 284 Abs. 1 StGB	119
III. Weitere Tatmodalitäten des § 284 Abs. 1 StGB	122
IV. Anwendungssperre bezüglich § 284 StGB	124
V. Auswirkungen des Umlaufbeschlusses vom 8. September 2020 und der darauf basierenden Leitlinien vom 30. September 2020	125
VI. Möglicher Verbotsirrtum gem. § 17 StGB	130
1. Voraussetzungen eines unvermeidbaren Verbotsirrtums	130
2. Bisherige Rechtsprechung und Neubewertung	132
VII. Zwischenergebnis	136
B. Strafbarkeit des Spielers gem. § 285 StGB	136
I. Anwendbarkeit des deutschen Strafrechts	137
II. Tatbestand	137
III. Möglicher Verbotsirrtum	138
IV. Schuldunfähigkeit des Spielteilnehmers	140
V. Bisherige Rechtsprechung zu § 285 StGB hinsichtlich der Beteiligung an Online-Glücksspielen	140
C. Teilnahmestrafbarkeit verantwortlicher Personen bei Zahlungsdienstleistern	141
I. Anwendbarkeit des deutschen Strafrechts, §§ 3, 9 Abs. 2 S. 1 StGB	141

1. Hilfeleisten i. S. v. § 27 Abs. 1 StGB	142
2. Gehilfenvorsatz	143
a) Fälle in der Praxis	144
b) Berufstypische Handlungen	144
c) Zwischenergebnis	145
II. Sonderfall: Beihilfe durch Unterlassen	146
1. Garantenstellung	146
a) Schutzzweckidentität	147
aa) Schutzzweck des Mitwirkungsverbots	147
bb) Schutzzweck im Rahmen der Teilnahmestrafbarkeit	148
cc) Vergleich beider Schutzzwecke	149
2. Zwischenergebnis	150
D. Strafrechtliche Folgenbetrachtung	150
I. Die Einziehung von Taterträgen	150
1. Voraussetzungen der Einziehung	151
2. Das Bruttoprinzip	152
3. Einziehung von Taterträgen im konkreten Fall	152
a) Einziehung von Taterträgen bei Glücksspielveranstaltern	152
b) Einziehung von Taterträgen bei Zahlungsdienstleistern	154
c) Einziehung von Taterträgen bei Spielern	154
II. Festsetzung einer Geldbuße gegen Glücksspielveranstalter oder Zahlungsdienstleister	155
E. Zwischenfazit zu § 3	155
 § 4 Zivilrechtliche Implikationen der Verbindung von Spielern und Online-Glücksspielveranstaltern	157
A. Der Spielvertrag	157
I. Erlaubtes Glücksspiel	158
II. Rückforderungsausschluss	159
III. Unwirksamkeit von Spielverträgen nach deutschem Recht	160
B. Anwendbares Sachrecht für Spielverträge mit Veranstaltern unter Lizenz eines anderen EU-Mitgliedstaates	162
I. Anwendungsbereich der Rom I-VO	162
1. Sachlicher Anwendungsbereich	162
2. Räumlicher Anwendungsbereich	163
3. Anwendbares Sachrecht betreffend die Wirksamkeit eines Schuldverhältnisses, Art. 10 Abs. 1 Rom I-VO	164
4. Vorrangig zu berücksichtigende Rechtswahl, Art. 3 Rom I-VO	164
a) Rechtswahlklauseln in der Praxis	164

b) Der Spielvertrag als Verbrauchervertrag i. S. v. Art. 6 Abs. 1 Rom I-VO	165
c) Wirksamkeit der Rechtswahlklauseln in AGB von Online-Glücksspielveranstaltern	166
aa) Hervorgerufene Paradoxie durch den EuGH	167
bb) Wahlmöglichkeit des Verbrauchers	168
cc) Zwischenergebnis	169
5. Ohne Rechtswahl anzuwendendes Sachrecht auf den Spielvertrag	170
6. Unabhängig vom Vertragsstatut anwendbare Eingriffsnormen i. S. v. Art. 9 Abs. 1 Rom I-VO	170
a) Eingriffsnormen aus dem deutschen Recht	171
aa) Eingriffscharakter der deutschen Verbotsnormen	172
(1) Zwingende Normen	172
(2) Internationaler Geltungswille	172
(3) Besonderes öffentliches Interesse des normsetzenden Staates	173
bb) Zwischenergebnis	174
b) Weitere Voraussetzungen von Art. 9 Abs. 3 S. 1 Rom I-VO	174
aa) Erfüllungsort im Bereich des grenzüberschreitenden Online-Glücksspiels	175
bb) Notwendige Folge der Eingriffsnorm: Unrechtmäßigkeit der Erfüllung	176
cc) Ermessen und Ermessensleitung hinsichtlich der Wirkungsverleihung	176
(1) Ermessensentscheidung des Gerichts	177
(a) Konträre Rechtslage	177
(b) Anwendungsbefehl aus Unionstreue	178
(2) Zwischenergebnis	179
c) Anwendung von Eingriffsnormen der lex fori, Art. 9 Abs. 2 Rom I-VO	179
aa) Möglichkeit der Klage des Spielers vor einem deutschen Gericht	180
(1) Verbraucherschützende Vorschriften der Brüssel Ia-VO	180
(2) Unwirksamkeit der Prorogation	181
(3) Wahlrecht des Spielers	182
(4) Praktische Konsequenz	183
bb) Anwendung von Eingriffsnormen der lex fori, Art. 9 Abs. 2 Rom I-VO	183
II. Zusammenfassung	184
C. Rückabwicklung des Spielvertrags im Falle der Nichtigkeit	184
I. Anwendbares Sachrecht auf die Rückabwicklung des Spielvertrags	184
II. Leistungskondition des Spielers	186

1. Tatbestandsvoraussetzungen	186
2. Ausschluss wegen Kenntnis der Nichtschuld, § 814 Alt. 1 BGB . .	187
3. Ausschluss des Anspruchs wegen eines Gesetzesverstoßes, § 817 S. 2 BGB	189
a) Gesetzesverstoß des Spielers	191
aa) Verstoß gegen das Mitwirkungsverbot	191
bb) Gesetzesverstoß durch Spielteilnahme	193
b) Subjektive Voraussetzung des § 817 S. 2 Hs. 1 BGB	194
c) Teleologische Reduktion von § 817 S. 2 Hs. 1 BGB	197
aa) Teleologische Reduktion von § 817 S. 2 Hs. 1 BGB in der Rechtsprechung	197
bb) Teleologische Reduktion im vorliegenden Fall?	198
(1) Rechtsprechung des BGH in Strafsachen	200
(2) Rechtsprechung des OLG Nürnberg	200
(3) Keine unbesehene Übertragung der Schenkkreis- Rechtsprechung	201
d) Rechtsfolge und Berücksichtigung der Kondition des Glücksspielveranstalters	203
e) Zwischenergebnis	204
III. Zweckverfehlungskondition des Spielers	205
1. Zweckabrede in Form des Glücksspiel-Rahmenvertrags	205
2. Nichtigkeit des Glücksspiel-Rahmenvertrags	206
3. Anwendung von § 817 S. 2 Hs. 1 BGB	207
IV. Gerichtliche Geltendmachung von Rückforderungs- ansprüchen in Deutschland	208
D. Weitere in Betracht kommende Ansprüche des Spielers gegen den Glücksspielveranstalter	208
E. Zwischenfazit zu § 4	209
 § 5 Zahlungen im Kontext unerlaubter Online-Glücksspiele aus zivilrechtlicher Perspektive	211
A. Die Grundstruktur des Zahlungsdienstrechts	213
I. Vertragsbeziehung zwischen Zahlungsdienstleister und Zahlungsdienstnutzer	214
1. Kreditkarte, E-Wallet und Girokonto	214
2. Zahlungsauslösedienste und Prepaid-Zahlungsmittel	215
3. Zwischenergebnis	215
II. Der Aufwendungsersatzanspruch des Zahlungsdienstleisters . .	216
1. Der Zahlungsauftrag	216
2. Die Autorisierung eines Zahlungsvorgangs	218

3. Das Verhältnis von Autorisierung und Zahlungsauftrag zueinander	218
4. Gleichbehandlung von Zahlungsauftrag und Autorisierung im Regelfall	220
5. Der Begriff der Authentifizierung	221
6. Zwischenergebnis	222
B. Ansprüche des Zahlungsdienstleisters gegen den Zahlungsdienstnutzer	222
I. Der Aufwendungsersatzanspruch des Zahlungsdienstleisters	222
1. Ansätze in der Rechtsprechung	223
a) Pro Aufwendungsersatzanspruch des Zahlungsdienstleisters	223
aa) AG Berlin-Mitte, Urteil vom 7. Dezember 2016	223
bb) LG München I, Urteil vom 28. Februar 2018	224
cc) OLG München, Hinweisverfügung vom 6. Februar 2019	225
dd) AG Berlin-Mitte, Urteil vom 29. März 2019	226
ee) LG Berlin, Urteil vom 16. April 2019	227
ff) LG Düsseldorf, Urteil vom 10. Oktober 2019	227
b) Contra Aufwendungsersatzanspruch des Zahlungsdienstleisters	228
aa) AG Wiesbaden, Urteil vom 16. Juni 2017	228
bb) AG München, Urteil vom 21. Februar 2018	229
cc) AG Leverkusen, Urteil vom 19. Februar 2019	230
c) Zusammenfassung der Kernaussagen und Bestimmung der wesentlichen Untersuchungsgegenstände	231
2. Rechtliche Prüfung: Aufwendungsersatzanspruch bei Teilnahme an unerlaubtem Glücksspiel aus §§ 675c Abs. 1, 670 BGB	231
a) Der Zahlungsauftrag zur Einzahlung bei einem Glücksspielveranstalter	232
aa) Unwirksamkeit infolge pathologischen Spielverhaltens	232
bb) Unwirksamkeit wegen Verstoßes des Spielers gegen § 4 Abs. 1 S. 2 Alt. 2 GlüStV 2012	233
(1) § 4 Abs. 1 S. 2 Alt. 2 GlüStV 2012 als Verbotsgesetz i. S. v. § 134 BGB	234
(a) Rechtsnatur von Zahlungsauftrag und Autorisierung	235
(b) Tatbestand des Verbotsgesetzes	238
(c) Nichtigkeitsanordnung aus § 134 BGB	238
(2) Auswirkungen der Nichtigkeit des Zahlungsauftrags und der Autorisierung	240
cc) Unwirksamkeit infolge eines Verstoßes des Spielers gegen §§ 284, 27 Abs. 1 StGB i. V. m. § 134 BGB	241
dd) Verstoß des Zahlungsdienstleisters gegen ein Verbotsgesetz	242
b) Erforderlichkeit der Aufwendungen des Zahlungsdienstleisters	243
aa) Erforderlichkeit der Aufwendungen bei wirksamer Autorisierung	244

(1) Erforderlichkeit von Aufwendungen bei Gesetzesverstoß des Zahlungsdienstleisters	245
(a) Keine Erforderlichkeit bei rechtswidrigem Geschäft	246
(aa) Nicht offen zutage tretender Gesetzesverstoß	248
(bb) Freizeichnung in AGB	248
(b) Zwischenergebnis	249
(2) Einwendungsdurchgriff aus dem Valutaverhältnis	249
(a) Missbräuchliche Inanspruchnahme des Vertragsunternehmens	249
(b) Forderung besteht offensichtlich und liquide beweisbar nicht	250
bb) Zwischenergebnis bei unterstellter Wirksamkeit der Autorisierung	252
3. Ergebnis zum Aufwendungsersatzanspruch aus §§ 675c Abs. 1, 670 BGB	253
II. Anderweitige Ansprüche des Zahlungsdienstleisters	253
1. Haftung des Zahlungsdienstnutzers aus § 675v Abs. 1, 3 BGB	253
2. Ansprüche des Zahlungsdienstleisters außerhalb des Zahlungsdienstrechts	254
a) Ansprüche aus berechtigter Geschäftsführung ohne Auftrag	254
b) Leistungskondition des Zahlungsdienstleisters gegen den Zahlungsdienstnutzer	256
aa) Leistung	257
bb) Das Erlangte	257
cc) Ohne rechtlichen Grund	259
dd) Konditionssperre aus § 817 S. 2 Hs. 1 BGB	259
ee) Konditionssperre qua § 675u S. 1 BGB?	260
(1) Keine Konditionssperre	262
(a) Bedeutung des Vorrangs der Leistungsbeziehungen	263
(b) Begründung des tradierten Ansatzes	264
(c) Konsequenz dieser Auffassung	265
(2) Annahme einer durch § 675u S. 1 BGB vermittelten Konditionssperre	265
(a) Flankierende Argumentation	267
(b) Konsequenz dieser Auffassung	268
(3) Divergente Ergebnisse bezüglich der Leistungskondition	269
c) Schadensersatzanspruch des Zahlungsdienstleisters aus § 280 Abs. 1 S. 1 BGB	269
III. Ergebnis: Ansprüche des Zahlungsdienstleisters gegen den Zahler	272
C. Die Rechtsposition des Zahlungsdienstnutzers	272
I. Ablauf der Erstattung von Aufwendungen	272
II. Widerrufs- und Rückbelastungsrecht des Zahlungsdienstnutzers	273

1. Widerrufsrecht des Zahlungsdienstnutzers	273
2. Korrelierendes Rückbelastungsrecht des Zahlungsdienstnutzers . .	273
a) Unwirksamkeit des Ausschlusses	275
b) Herleitung eines Rückbelastungsrechts	276
III. Erstattungsanspruch gem. § 675u S. 2 BGB	278
1. Aufrechnung mit einer Gegenforderung	279
2. Einwand unzulässiger Rechtsausübung	279
a) Voraussetzungen des unredlichen Erwerbs der eigenen Rechtsstellung	280
b) Vorzunehmende Abwägung	280
3. Unterrichtsfrist	281
4. Ausschluss anderweitiger Ansprüche	283
5. Exkurs: Anderweitige Ansprüche bei Annahme wirksamer Autorisierungen	284
IV. Faktische Erstattung durch Lastschriftrückgabe?	286
1. Erstattungsanspruch aus § 675x Abs. 2 BGB	286
2. Widerstände in der Praxis	287
V. In Sonderheit: Ansprüche aus unerlaubter Handlung	288
1. Das Mitwirkungsverbot als Schutzgesetz gem. § 823 Abs. 2 BGB .	288
a) Definition eines Schutzgesetzes	289
b) (Kein) Einbezug des Spielers in den Adressatenkreis	289
c) Widersprüchlichkeit der Argumentation	290
d) Keine individualschützende Norm	290
2. Zwischenergebnis	291
VI. Zwischenergebnis zur Rechtsposition des Zahlungs- dienstnutzers	291
D. Zwischenfazit zu § 5 und Stellungnahme zur bisherigen Rechtsprechung	292
 Schlussbetrachtung und Ausblick	295
 Zusammenfassung der Arbeit in Thesen	297
 Literaturverzeichnis	301
Register	319